

## Antrag 2025/I/Innen/6

### Jusos Hamburg

#### **Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete – Hamburg als Vorbild für eine humane Migrationspolitik**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Hamburg muss sich entschieden ge-  
2 gen Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete stellen. Menschen in Länder wie Afghanistan  
3 oder Syrien zurückzuschicken, in denen sie Folter, Verfolgung oder den Tod fürchten müssen,  
4 ist mit den Werten der SPD nicht vereinbar. Der Schutz der Menschenwürde muss uneinge-  
5 schränkt gelten, unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus oder anderen Kriterien. Ebenfalls  
6 darf der Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten nicht ausgesetzt werden. Statt ei-  
7 ner Politik der Verschärfungen und Abschottung muss Hamburg als Bundesland mit huma-  
8 nitärer Verantwortung vorangehen und für sichere Fluchtwege sowie den erleichterten Fami-  
9 liennachzug eintreten. Abschiebungen dürfen nicht in Regionen erfolgen, in denen es keine  
10 Garantie für Sicherheit gibt.

#### 11 **Begründung**

12 Die aktuelle Abschiebep Praxis in Deutschland zeigt auch in unserer Stadt eine klare Entwicklung.  
13 In Hamburg wurden im vergangenen Jahr rund 1.500 Menschen abgeschoben – der höchst-  
14 e Stand seit sieben Jahren. Besonders problematisch sind hier Abschiebungen, unabhängig  
15 von der Sicherheit im Zielland. Afghanistan und Syrien sind keine sicheren Länder. In Afgha-  
16 nistan herrschen unter den Taliban schwerste Menschenrechtsverletzungen, insbesondere ge-  
17 gen Frauen, Oppositionelle und ethnische Minderheiten. Syrien ist weiterhin ein Land, in dem  
18 politische Gegner, Minderheiten und Rückkehrer willkürlich verfolgt oder getötet werden. Nie-  
19 mand kann garantieren, dass eine Rückkehr in diese Länder menschenwürdig verläuft – und ge-  
20 nau diese Garantie müsste aber Voraussetzung für eine Abschiebung sein. Ein weiterer Punkt  
21 ist die Diskussion um Straftäter und Gefährder. Klar ist: Wer schwere Gewaltverbrechen be-  
22 geht, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Doch Abschiebung darf nicht als Ersatz für Straf-  
23 verfolgung dienen. Ein funktionierender Rechtsstaat hat die Aufgabe, Kriminalität innerhalb  
24 seiner eigenen Grenzen zu ahnden. Wer eine Haftstrafe verbüßt, darf nicht anschließend in  
25 ein Land abgeschoben werden, in dem es keine rechtsstaatlichen Strukturen gibt. Die Debat-  
26 te darf zudem nicht dazu führen, dass jede Form von Verurteilung als Rechtfertigung für eine  
27 Abschiebung herangezogen wird. Es braucht eine klare Differenzierung zwischen schweren Ge-  
28 waltverbrechen und Bagatelldelikten. Abschiebungen auf Basis administrativer Entscheidun-  
29 gen oder aufgrund von kleineren Delikten sind mit einer humanen Migrationspolitik nicht ver-  
30 einbar. Besonders alarmierend ist die Entwicklung auf Bundesebene. Die Sondierungsgesprä-  
31 che zeigen, dass sich die SPD auf eine drastische Verschärfung der Migrationspolitik einlässt.  
32 Neben schnelleren Abschiebungen und einer restriktiveren Rückführungspolitik wird auch die  
33 Zurückweisung von Schutzsuchenden an den Grenzen angestrebt. Dies gefährdet nicht nur das  
34 Asylrecht, sondern untergräbt auch die Solidarität innerhalb der Europäischen Union. Deutsch-  
35 land kann und darf sich nicht von seiner humanitären Verantwortung verabschieden. Gera-

36 de in einer Zeit, in der Europa eine gemeinsame Lösung für Flucht und Migration benötigt,  
37 wäre dies das vollkommen falsche Signal. Hamburg hat in der Bürgerschaftswahl bewiesen,  
38 dass eine sachliche, progressive Migrationspolitik ohne populistische Zuspitzungen erfolgreich  
39 sein kann. Während auf Bundesebene Migration zunehmend zum politischen Kampftema ge-  
40 macht wird, hat Hamburg gezeigt, dass ein lösungsorientierter Ansatz mehrheitsfähig ist. Die-  
41 se Haltung muss sich auch in der weiteren politischen Arbeit widerspiegeln. Die Hamburger  
42 SPD darf sich nicht an einer Politik beteiligen, die Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebieten  
43 legitimiert. Wir fordern daher einen sofortigen Abschiebestopp für alle Länder, in denen keine  
44 Sicherheit für Rückkehrer garantiert werden kann. Es braucht eine transparente Abschiebepra-  
45 xis, die sicherstellt, dass Schutzsuchende nicht aufgrund bürokratischer Hürden oder geringer  
46 Delikte abgeschoben werden. Abschiebungen dürfen nicht als Mittel genutzt werden, um eine  
47 restriktive Migrationspolitik durchzusetzen. Wir müssen als SPD und als Hamburg eine klare  
48 Haltung zeigen: Menschenrechte sind nicht verhandelbar, und Humanität darf nicht der poli-  
49 tischen Stimmungslage geopfert werden.